

Referendum Report Irland

Inhalt:

Einleitung_2

1. Gesetzliche Grundlagen_3

2. Zeitplan_4

3. Finanzierungsregeln_5

4. Kampagnenregeln_6

Das Lissabon-Referendum in Irland

Einleitung

Die Fairness des irischen Referendums wurde von uns anhand der von *Democracy International* und *Initiative and Referendum Institute* (IRI) entwickelten Kriterien untersucht. Die Untersuchung zeigt, dass die gesetzliche Grundlage für das Referendum in der irischen Verfassung im Allgemeinen fair ist und ein Beispiel für andere europäische Staaten darstellen kann. Jedoch wurde die Neutralität des Abstimmungsverfahrens erheblich durch das Verhalten von einigen der Hauptakteure, vor allem der Regierung und der EU, beeinträchtigt. Hier fallen besonders negativ auf: das Verwirrspiel der Regierung um das Datum des Referendums, sowie die Bedrohungs- und Einschüchterungsstrategien der Ja-Seite.

Die Einmischung des Auslands und der EU ist besonders negativ zu sehen, insbesondere da hier oft von unfairen Mitteln Gebrauch gemacht wurde. Dadurch, dass die Iren als einziges Volk das Recht einer Abstimmung über den Vertrag von Lissabon haben, lastet ein sehr großer Druck auf ihnen. Die Angst bei einer Ablehnung von der EU bestraft und isoliert zu werden, beeinflusste sehr stark die Bevölkerung und überlagerte teilweise die Sachdebatte über die Vertragsinhalte. Ebenfalls negativ zu vermerken ist der Missbrauch von großen Spielräumen, die den Akteuren in einigen Fragen gelassen werden, zum Beispiel der Finanzierung und Transparenz.

Alle Ergebnisse sind vorläufig, da erst nach der Abstimmung ein Fazit über alle Aspekte gezogen werden kann.

Der Report stützt sich auf die Auswertung von Medien aus Irland (*RTE, Irish Times, Sunday Business Post, Irish Examiner, Irish Enquirer*, sowie lokaler Medien), Deutschland, Großbritannien, Österreich, Frankreich, den USA, und den relevanten irischen Wahlgesetzen und Gerichtsurteilen, sowie Interviews mit Beteiligten.

Legende: F= Fair, FT= Faire Tendenz, UT = Unfaire Tendenz, U = Unfair

Kriterium		Evaluation/Zusammenfassung
1. Gesetzliche Grundlagen		
<i>1.1 Ursprung des Referendums: ausgelöst durch Bürger oder den Staat?</i>	F	Von der Verfassung vorgeschrieben. Zu jeder Änderung der Verfassung durch das Parlament muss das Volk befragt werden.
<i>1.2 Charakter der Entscheidung: bindend oder nur beratend?</i>	F	Das Referendum ist bindend, bei Annahme wird die Verfassung geändert.
<i>1.3 Spezielle Mehrheitserfordernisse</i>	F	Fair: Zustimmung oder Ablehnung durch einfache Mehrheit
<i>1.4 Genauigkeit und Ernsthaftigkeit der Wählerliste: Wer ist und war in der Lage zu wählen?</i>	F	Fair: Jeder Bürger Irlands, der seinen Wohnsitz in Irland hat. Der Name muss im Wahlregister eingetragen sein. Wenn der Name im Register fehlt, ist es möglich bis zu 15 Tage vor der Wahl die Eintragung zu beantragen.
<i>1.5 Geheime Wahl</i>	F	Die Wahl ist geheim; Behinderte oder Analphabeten dürfen sich durch eine Person ihrer Wahl helfen lassen. Bewertet werden können hier nur die gesetzlichen Grundlagen, da die Abstimmung noch nicht stattgefunden hat.
<i>1.6 Zählverfahren</i>	F	Die Auszählung obliegt der Überwachung durch vom Parlament bestimmte Personen und von der Referendumskommission genehmigten Körperschaften. Bewertet werden können auch hier nur die gesetzlichen Grundlagen.
<i>1.7 Berufung gegen das Verfahren und das Resultat</i>	F	Berufung möglich durch Referendumpetition vor dem höchsten Gericht.
<i>1.8 Wählen: wie, wo, e-voting?</i>	UT	Im allgemeinen stimmen die Wähler in ihrem örtlichen Wahllokal ab. Kein e-voting, Irische Staatsbürger, die außerhalb der Republik leben, sind von der Wahl ausgeschlossen, es sei denn es handelt sich

		um im Ausland eingesetzte Mitglieder des Militärs, der Polizei oder des diplomatischen Korps. Briefwahl kann beantragt werden von Wählern, die innerhalb Irlands leben, aber nicht in Lage sind in ihrem örtlichen Wahllokal abzustimmen (Krankenhauspatienten, Behinderte, Studenten, Gefängnisinsassen etc.). Ungerecht: Dieses Mal blieben nur zwei Tage um die Briefwahl zu beantragen. Der Oppositionspartei Fine Gael zufolge wurde 50.000 Wählern das Wahlrecht genommen, da sie nicht in der Lage waren, sich rechtzeitig einzutragen.
1.9 Fairness der Fragestellung	F	Fair: Die Frage ist einfach formuliert, nicht irreführend.
2. Zeitplan		
2.1 Wer bestimmt das Datum?	UT	Ungerecht: Prozess der Datumsfindung ist nicht transparent und parteipolitischem Kalkül unterworfen. Laut Gesetz bestimmt der Minister für Umwelt, Kulturerbe & Kommunalregierung das Datum (in Wahrheit wurde das Datum jedoch Anfang April vom damaligen Premierminister Bertie Ahern inoffiziell festgelegt).
2.2 Gewähltes Datum: gleichzeitig mit anderen Abstimmungen und Wahlen? Besondere Ereignisse davor oder danach?	UT	Fair: Keine andere Wahl oder Abstimmung am gleichen Tag. Es ist erlaubt mehrere Referenden an einem Tag zusammenzufassen, doch das wurde in diesem Fall nicht getan. Ungerecht: Der in einen Korruptionsskandal verwickelte Premierminister Bertie Ahern trat einen Monat vor dem Referendum zurück (6. Mai) um die öffentliche Meinung nicht negativ zu beeinflussen. Die Regierung scheint erwogen zu haben in der letzten Minute das Datum zu ändern um die Nein-Seite zu verwirren (wurde nicht getan nachdem diese Pläne in der Presse publik wurden).

<p>2.3 Zeit zwischen Ankündigung und Wahltag: ausreichend für Information und öffentliche Debatte?</p>	<p>U</p>	<p>Es gab zwar genügend Zeit zur Debatte zwischen Gesetzesentwurf und Referendum; dennoch ungerecht: offiziell wurde der Abstimmungstermin erst einen knappen Monat vor dem Referendum festgelegt. Dies ließ wenig Zeit für offizielle Kampagnen. Zuvor gab es taktische Spielchen um den genauen Termin.</p>
<p>2.4 Zeit zu Wählen: ein Tag oder mehr? Wochenende, Wochentag?</p>	<p>FT</p>	<p>Muss an einem Tag stattfinden, der Wochentag oder Wochenende sein kann. In diesem Fall wurde ein Donnerstag gewählt.</p>
<p>2.5 Domino-Effekt für andere Länder</p>	<p>U</p>	<p>Kein Dominoeffekt, da kein anderes Land ein Referendum über den Lissabonvertrag abhält. Aber ein großer Effekt für die EU als Ganzes. Die Nein-Seite betrachtet das Referendum als möglicherweise letzte nationale Abstimmung in EU-Fragen. Die Situation ist ungerecht, da die Bürger anderer Länder nicht abstimmen dürfen, daher wird die Abstimmung in Irland von vielen Eu-Bürgern als Stellvertreterabstimmung für die gesamte Union gesehen (was nicht die Schuld Irlands ist).</p>
<p>2.6 Zeit bevor eine andere Abstimmung zum gleichen Thema gehalten werden darf (zeitliche Bindungswirkung)</p>	<p>F</p>	<p>Es gibt kein offizielles Zeitlimit, aber die Vorbereitung eines neuen Referendums braucht Zeit, außerdem muss der Abstimmungstermin mindestens einen Monat im Voraus gesetzt werden. Der Vertrag von Nizza wurde im Juni 2001 von den Iren abgelehnt, und nach Neuverhandlungen in einem zweiten Referendum im Oktober 2002 angenommen.</p>
<p>3. Finanzierungsregeln</p>		
<p>3.1 Ausgabenbegrenzungen</p>	<p>UT</p>	<p>Keine Ausgabenbegrenzung = Vorteil für reiche Gruppen (wie Libertas).</p>

3.2 Veröffentlichung	UT	Fair: Verpflichtend. Ungerecht: Finanzierung oft unklar, z.B.: die Lissabongegner von Libertas begannen eine aufwändige Kampagne im Jahr 2007, hatten aber angeblich zu dieser Zeit keinerlei Ausgaben.
3.3 Aktive Förderungsmaßnahmen um unterfinanzierte Kampagnen zu unterstützen	UT	Ungerecht: Keine finanzielle Unterstützung für unterfinanzierte Kampagnen. Fair: Öffentliche Ressourcen (z.B. Sendezeit bei öffentlich-rechtlichen Sendern) müssen zwischen beiden Seiten gleich verteilt werden.
3.4 Transparenz in der Verwendung von Steuergeldern	FT	Fair: Budget der Referendumskommission öffentlich. Regierungsausgaben von der Presse veröffentlicht. Ungerecht: Regierung benutzt Steuergelder für Ja-Kampagne.
3.5 Spenden	FT	Fair: Spenden aus dem Ausland verboten. Spendenlimit: €6.348,69. Alle Spenden über €126,97 müssen öffentlich gemacht werden. Überwacht von <i>Standards in Public Office Commission</i> . Regeln gelten für alle Gruppen, die Kampagnen machen, nicht nur politische Parteien. Ungerecht: Es scheint für beide Seiten möglich diese Regeln zu umgehen (kann allerdings abschließend erst nach der Abstimmung beurteilt werden).
4. Kampagnenregeln		
4.1 Betreut von Referendumskommission oder anderen?	FT	Die Referendumskommission gibt es seit 1998 (McKenna-Urteil von 1995, daraus folgte das Referendumsgesetz von 1998). Neue Referendumskommission für jedes Referendum. Ungerecht: Zu den Aufgaben der Kommission gehörte es bisher die Argumente beider Seiten zu präsentieren. 2001 wurde die Rolle jedoch nach dem gescheiterten ersten Nizza-Referendum einge-

		schränkt. Jetzige Rolle: Information der Öffentlichkeit über die Vertragsinhalte und Fördern der Wahlbeteiligung. Die Neutralität der Kommission wird von Teilen der Nein-Kampagne in Zweifel gezogen. Sollten sich diese Vorwürfe bewahrheiten muss es in diesem Punkt zu einer deutlichen Abwertung kommen.
4.2 Internationale Einmischung	U	Ungerecht: Starke internationale Einmischung. Besuch durch die deutsche Kanzlerin Merkel, internationaler Druck auf Irland den Vertrag zu unterzeichnen, bis hin zu Ausschlussdrohungen. Aber auch starke Einmischung zu Gunsten der Nein-Seite: Britische Medien, österreichische Bürgerinitiativen etc.. Viele Bürger anderer EU-Staaten sehen irisches Referendum als stellvertretend für ihr Land (besonders in Österreich und GB).
4.3 Rolle der Medien: konzentriert auf Umfragen oder Debatte?	FT	Häufige Umfragen aber auch Raum für Debatte. Breite Mehrheit der Medien für den Vertrag, aber immerhin Versuch möglichst fair zu wirken, beide Seiten bekommen in Presse und Fernsehen ausgiebig Zeit sich zu präsentieren. Sendezeit muss gleichmäßig zwischen beiden Seiten geteilt werden. Ungerecht: Wiederholte Versuche der Medien die Nein-Kampagne als „Spinner“ und Extremisten darzustellen, bis hin zu konstruierten Verbindungen zum französischen Rechtsextremisten Le Pen.
4.4 Rolle der Regierung	UT	Alle Mitglieder für Ja. Außenministerium wirbt mit Steuergeldern auf Website für Vertrag. Große Regierungskampagne erst nach Brian Cowens Regierungsantritt am 7. Mai. Regierungschef schloss mit der Führung des Bauernverbandes ein Geheimabkommen um sich die Zustimmung des Verbands zu sichern; die Abmachung scheint unhaltbare Versprechen zu beinhalten.

<p>4.5 Rolle der EU und ihrer Repräsentanten</p>	<p>U</p>	<p>Ungerecht: Die EU-Kommission unterstützt die Pro-Vertragskampagne mit "Information", es ist nicht transparent wieviel EU-Gelder zur Unterstützung der Ja-Kampagne verwendet wurden. Die EU vertagte alle Entscheidungen, die bei den Iren unpopulär sein könnten (z.B. Verteidigung, Steuern, Agrarsektor). Besuche durch hochrangige EU-Vertreter (Barroso, Pöttering, Wallström). EU-Vertreter drohten den Iren mit Konsequenzen im Falle eines Neins.</p>
<p>4.6 Rolle der politischen Parteien</p>	<p>FT</p>	<p>Weite Mehrheit der Parlamentsparteien für den Vertrag, nur Sinn Fein dagegen. Nicht im Parlament vertretene kleinere Linksparteien alle gegen den Vertrag. Fair: die Grünen und die Labour Partei erlauben den Vertragsgegnern in ihren Reihen ihre Meinung zu vertreten. Ungerecht: Die interne Debatte in der Regierungspartei Fianna Fail wird unterdrückt, Abweichlern wird der Parteiausschluss angedroht. Politiker der großen Oppositionspartei Fine Gael verbreiten Verschwörungstheorien über das Nein-Lager (dieses sei angeblich von CIA und Opus Dei finanziert und unterwandert).</p>
<p>4.7 Rolle der Zivilgesellschaft</p>	<p>FT</p>	<p>Debatte verläuft durch alle Schichten der Gesellschaft. Zum Beispiel sind einige Gewerkschaften für den Vertrag, andere dagegen und der Rest unentschieden. Bevölkerung oft verunsichert und zu großen Teilen unentschieden. Vertrag für weite Mehrheit unverständlich. Internet: Aktive Blogger (nennenswerter Einfluss auf traditionelle Medien), jedoch nur geringe Internetchichte (nur 50% der Iren haben Zugang). Ungerecht: Oft verbunden mit anderen Anliegen: Krankenhäuser, Welthandelsabkommen.</p>

Autor: Markus Schmidgen

Mehr Demokratie e.V.
Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin
Tel. 0 30-42 08 23 70/Fax -80
E-Mail: info@mehr-demokratie.de
www.mehr-demokratie.de



